

2

3

Grüne Haushalts- und Finanzpolitik für NRW:

4

zukunftsfähig, generationengerecht und transparent

5

6 Die Haushalts- und Finanzpolitik bewegt die Bürgerinnen und Bürger mehr denn je:

7 Verschärft durch die weltweite Banken- und Finanzkrise und die sich daraus ergebenden

8 Folgewirkungen, zum Beispiel für die Verschuldung zahlreicher Staaten, steht die Haushalts-

9 und Finanzpolitik im Fokus der öffentlichen Diskussion. Die Verschuldungskrise innerhalb

10 Europas wird mittelfristig massive Auswirkungen auch auf die Haushalte in Deutschland

11 haben - sowohl im Bund wie auch in den Ländern und den Kommunen.

12

13 Auch die jahrzehntelange schuldenfinanzierte Politik steht auch für eine nicht nachhaltige

14 Haushaltspolitik. Ohne steigende Steuereinnahmen und anhaltendes Wirtschaftswachstum

15 sind viele öffentliche Ausgaben nicht zu finanzieren. Dabei wissen wir, dass der heutige

16 Wachstumsbegriff aufgrund endlicher Ressourcen nicht zukunftsfähig ist und nicht zuletzt in

17 Zeiten einer langfristig schrumpfenden Bevölkerung nicht mehr trägt. Die Finanzpolitik in

18 einer nachhaltig lebenden Gesellschaft muss sich darauf einstellen und neben den

19 ökologischen und sozialen Folgekosten auch die finanziellen reduzieren.

20

21 Außerdem bedeuten Schulden ein immer höheres Maß an Abhängigkeit gegenüber den

22 Akteuren auf den Finanzmärkten, welche zur Aushöhlung demokratischer Prinzipien führt.

23 Die enorme Schuldenlast ist aller Orten zu spüren und die gewählten politischen

24 Repräsentant*innen haben kaum Gestaltungsspielräume. Nicht zuletzt deshalb ist eine

25 solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik unser Anliegen.

26

27 In NRW ist die Haushalts- und Finanzpolitik eines der dominierenden landespolitischen

28 Themen. Die Höhe der jährlichen Neuverschuldung ermöglicht derzeit nur während guter

29 Konjunktur und hoher Steuereinnahmen einen verfassungsgemäßen Landeshaushalt.

30 Wachsende Pensionsverpflichtungen, Folgekosten der Rettung der WestLB und erhebliche

31 Zinsrisiken verschärfen in den nächsten Jahren die Finanzlage des Landes NRW. Die Zahl

32 der Versorgungsempfänger*innen steigt von 165.500 Personen 2010 mit einem

33 Kostenaufwand von 5,2 Milliarden € auf einen Stand von etwa 230.000 Personen im Jahre

34 2027 mit einem Kostenaufwand von 6,8 Milliarden € (in Preisen von 2011). Allein die

35 Einzahlungen in den Versorgungsfonds steigen jährlich um etwa 100 Millionen €. All dies

36 kann das strukturelle Defizit des Landeshaushaltes von 4 - 6 Milliarden € weiter deutlich

37 erhöhen. Damit werden der Politik in erheblichem Umfang politische Gestaltungsspielräume
38 genommen.

39

40 Gleichzeitig dürfen mit dem Inkrafttreten der Schuldenbremse im Jahr 2020 die
41 Bundesländer und somit auch NRW zumindest über den Konjunkturzyklus keine
42 zusätzlichen Schulden mehr aufnehmen. Wir GRÜNE haben diese Art von Schuldenbremse
43 immer kritisiert, weil sie konjunkturell nicht genügend atmet, sondern zu prozyklischer
44 Haushaltspolitik zwingt, auch bei sinkenden Steuereinnahmen während eines
45 wirtschaftlichen Abschwungs. Aus diesem Grund haben wir die Schuldenbremse im
46 Bundestag abgelehnt. Trotzdem stehen wir nun vor der Herausforderung, sie einzuhalten.
47 Daraus ergibt sich ein finanzieller Handlungsbedarf in einem in der Geschichte des Landes
48 NRW noch nie da gewesenen Umfang. Dabei ist klar, dass alleine durch Einsparungen der
49 Landeshaushalt nicht auszugleichen ist. Schon heute hat NRW mit weniger als 3.300 € pro
50 Einwohner*in im Ländervergleich die geringsten Pro-Kopf Ausgaben und in der
51 Landesverwaltung mit rund 16 Stellen pro 1000 Einwohner*innen die relativ betrachtet
52 dünnste Personaldecke aller westdeutschen Flächenländer. Darüber hinaus erfolgen über
53 40% der Landesausgaben für Personal, überwiegend in den Bereichen, Bildung, Polizei,
54 Justiz und Finanzverwaltung. Gleichzeitig gibt es einen massiven Investitionsstau bei der
55 öffentlichen Infrastruktur. Deshalb wird ein Haushaltsausgleich nur in einem Dreiklang aus
56 Einsparungen, deutlichen Einnahmeverbesserungen und Effizienzsteigerungen zu erreichen
57 sein, wie es erstmals die Grüne Landtagsfraktion Hessen 2010 in ihrem umfassend
58 ausgearbeiteten Konzept dargelegt hat.

59

60 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW werden vor diesem Hintergrund ihre Haushalts- und
61 Finanzpolitik für NRW anhand der folgenden Eckpunkte weiterentwickeln:

62

63 1. Grüne Haushalts- und Finanzpolitik für NRW soll zukunftsfähig, gerecht und
64 geschlechtersensibel sein sowie Land, Kreisen und Kommunen die Erfüllung ihrer
65 jeweiligen Aufgaben ermöglichen. Qualitatives Wachstum, wie es im Green New Deal
66 skizziert wurde, verbunden mit entsprechenden Einsparungen, Umstrukturierungen
67 und Investitionen werden langfristig den Weg zur Konsolidierung ebnen. Grüne
68 Haushaltspolitik folgt dabei dem Prinzip des Gender Budgeting, um unser Ziel eines
69 geschlechtergerechten Haushalts umzusetzen.

70

71 2. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse, die ab 2020 bindend ist, wird es eine
72 zentrale Aufgabe der NRW-Haushalts- und Finanzpolitik sein, zeitgleich einen
73 ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und die notwendigen Zukunftsaufgaben zu

74 finanzieren. Dazu werden wir uns für einen verbindlichen und gleichzeitig
75 realistischen jährlichen Anpassungspfad einsetzen. Wir sind uns darüber klar, dass
76 dieser Pfad nur einzuhalten ist, wenn das Land deutliche Einnahmeerhöhungen
77 realisiert. Wir werden darauf achten, dass auch beim Konsolidieren die
78 Schwerpunktsetzung der GRÜNEN in der Koalition – Klimaschutz, Gerechtigkeit,
79 Bildung und starke Kommunen – sichtbar bleibt. Die dramatisch hohe Schuldenlast
80 einiger Länder und Kommunen erfordert mehr als die Bedingung zur Begrenzung von
81 Neuverschuldung zu regeln. Wir brauchen wir einen bundesweiten Altschuldenfonds
82 zur Schuldentilgung von Ländern und Kommunen.

83
84 3. Da die Bundesländer alleine fast keine Möglichkeit haben, ihre Einnahmen zu
85 erhöhen, wird dies nur möglich sein, wenn der Bund, dessen Politik in den
86 vergangenen Jahren zu einer erodierenden Einnahmehasis für Land und Kommunen
87 geführt hat, deutlich die Einnahmen verbessert, die den Bundesländern zufließen.
88 Getreu dem Motto "starke Schultern tragen mehr" müssen insbesondere hohe
89 Einkommen und Vermögen u.a. durch eine Reform der Erbschaftssteuer, der
90 Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der Anhebung des Spitzensteuersatzes
91 einen größeren Steuerbeitrag leisten. Dabei wollen wir kleine und mittlere
92 Unternehmen durch Freibeträge bei den vermögensbezogenen Steuern schützen.
93 Das Umsteuern in der Steuerpolitik ist nicht nur zur Vermeidung neuer Schulden
94 angezeigt, sondern vermindert auch die gewachsene Kluft zwischen arm und reich.
95 Die großen Unterschiede in der Vermögensverteilung zwischen Männern und Frauen
96 werden reduziert. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen finanziell entlasten,
97 indem er einen größeren Teil der stetig steigenden Sozialkosten, insbesondere die
98 Kosten der Unterkunft und der Eingliederungshilfe, übernimmt. BÜNDNIS 90/DIE
99 GRÜNEN NRW werden sich der notwendigen Priorisierung von Aufgaben stellen und
100 unsere Beschlüsse zur Erreichung einer Generationengerechtigkeit umsetzen.

101
102 4. Zu prüfen ist eine Reform des Länderfinanzausgleiches. Wir setzen uns für einen
103 fairen, anreizkompatiblen und solidarischen Länderfinanzausgleich ein.
104 Anstrengungen für Mehreinnahmen, Effizienz und Einsparungen müssen sich für alle
105 Bundesländer lohnen. Die Einführung eines Steuerwettbewerbs zwischen den
106 Bundesländern lehnen wir ab. Wir fordern eine Förderpolitik ein, die sich nach
107 Bedürftigkeit und nicht nach Himmelsrichtung ausrichtet.

108
109 5. Aus unserer Sicht ist eine grundsätzliche wirkungsorientierte Aufgaben- und
110 Effizienzkritik aller Landesaufgaben u.a. hinsichtlich folgender Fragen notwendig:

111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121

122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133

134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147

- * Welche inhaltliche/politische Bedeutung wird einer Aufgabe beigemessen?
 - * Gibt es derzeit rechtlich zwingende Gründe dafür, eine Aufgabe beizubehalten?
 - * Sind gesetzliche Änderungen möglich und notwendig?
 - * Welche finanzielle und politischen Auswirkung hätten eine Standardreduzierung oder der Wegfall einer Aufgabe?
 - * Sind Effizienzsteigerungen möglich oder notwendig?
 - * Gibt es Überschneidungen mit EU-/Bundes- oder kommunalen Aufgaben?
- Auf der Basis einer solchen Analyse wollen wir verantwortbare politische Entscheidungen treffen.

6. Konkret unterstützen wir beispielhaft folgende Punkte, welche von der Landesregierung zurzeit in Angriff genommen werden:

- * Überprüfung von Landesbetrieben (BLB, Straßen NRW, IT NRW) und maßgeblich vom Land finanzierten Einrichtungen
- * Überprüfung möglicher Einsparpotentiale durch Zusammenlegung von Verwaltungsstandorten
- * Reform öffentlicher Förderprogramme mit dem Ziel, die grundsätzliche Notwendigkeit zu überprüfen, die fortzuführenden Programme dort wo möglich und sinnvoll auf Darlehen umzustellen
- * Systematische Überprüfung aller Einnahmetatbestände des Landeshaushaltes.
- * Einführung des Kieseuro und die Weiterentwicklung des Wasserentnahmeentgelts

7. Darüber hinaus werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW für folgende Punkte zur Sanierung des Landeshaushaltes einsetzen:

- * Das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts bis 2020 muss durch einen verbindlichen Fahrplan umgesetzt werden
- * Aufwendungen zur Wirtschaftsförderung sollen im Landeshaushalt reduziert werden (z.B. Zusammenführung von NRW.Invest und NRW.International, Umstellung der EU-Förderprogramme auf Kredite)
- * Einführung weiterer ökologischer Lenkungsabgaben. Auf ihre Realisierbarkeit hin zu überprüfen wären beispielsweise eine Neuversiegelungsabgabe, eine Stickstoffüberschussabgabe oder eine Abwärmeabgabe
- * Einführung eines zentralen Schuldenmanagements sowie einer Bundessteuerverwaltung in Deutschland
- * Konsequente Maßnahmen gegen Steuerflucht, aggressive Steuergestaltungen und Steuerhinterziehung. Dazu setzen wir uns gemäß des Beschlusses der LDK in Hagen

148 2012 auf Bundes- und Europaebene für rechtliche Änderungen ein und leisten in
149 NRW durch stärkere Steuerprüfungen unseren Beitrag.
150 * Es ist zu prüfen, ob weitere Verwaltungs- und Kontrollaufgaben des Landes durch
151 Gebühren zu finanzieren sind.
152 * Überprüfung des Systems der Beihilfe mit dem Ziel festzustellen, ob eine
153 Überführung der Beihilfe in die GKV kostengünstiger ist.
154 * Prüfung der Maßnahmen anderer Bundesländer insbesondere Baden-
155 Württembergs, Bremens und Schleswig-Holsteins, um den Anstieg der
156 Personalkosten des Landes sozialverträglich zu bremsen
157 * Bundesratsinitiativen des Landes NRW zur Umsetzung der verschiedenen
158 steuerpolitischen Vorschläge
159 * Wiederauflage eines jährlichen Finanz- und Förderberichts, der die Einnahmen und
160 Ausgaben des Landes mit einem Schwerpunkt auf Transparenz aller Subventionen
161 offenlegt
162 * Einführung eines "Bürger*innen-Haushalt" auf Landesebene, durch den
163 Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit gegeben wird, eigene Vorschläge zur
164 Diskussion zu stellen

165

166 Die Verwaltungsstrukturen der kommunalen Gebietskörperschaften sowie der staatlichen
167 Ebenen in NRW sind komplex. Wir wollen prüfen, ob erhebliche Effizienzgewinne durch
168 strukturelle Reformen zu erreichen sind.

169

170 In grünen Wahlprogrammen wollen wir die Finanzierbarkeit der Konzepte darzustellen.
171 Neben grundsätzlichen Zielen soll dargestellt werden, welche Projekte in der nachfolgenden
172 Legislaturperiode aus grüner Sicht prioritär finanziert werden können und sollten.

173

174 Wir werden eine zukunftsfähige, generationengerechte und transparente Finanzpolitik zum
175 Markenzeichen grüner Politik machen.

176

177

178 Antragsteller*innen:

179

180 LAG Finanzen & Landesvorstand